

Pressemitteilung

31. Mai 2013

TNS Emnid Umfrage zu Steuererhöhungen Nur Minderheit bereit höhere Steuern zu zahlen

Berlin - Trotz reichlich sprudelnder Steuerquellen fordern SPD, Grüne und Linke höhere Staatseinnahmen und wollen u.a. die Einkommensteuersätze erhöhen. Da nur Einkommen ab ca. 60.000 Euro/Jahr stärker belastet werden sollen, sei das gerecht. Dass dabei genau die Gruppe der Steuerzahler zusätzlich zur Kasse gebeten würde, die schon jetzt die Hälfte des Einkommensteueraufkommens zahlt, wird dabei offenbar ebenso bewusst verschwiegen, wie die negativen Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum – schließlich sind 90 Prozent der Unternehmen in Deutschland einkommensteuerpflichtig.

Ob die Steuererhöhungspläne auch bei den Wählerinnen und Wählern auf Zuspruch stoßen werden, ist somit keine Frage der Gerechtigkeit, sondern hängt schlicht davon ab, wer letztendlich wie viel zahlen soll. Um etwas genauer zu ergründen, wie es um die Vorfreude auf Steuererhöhungen bestellt ist, hat die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** die Meinungsforscher von **TNS Emnid** um eine repräsentative Umfrage gebeten. Dabei zeigt sich, dass nur eine Minderheit persönlich bereit ist höhere Steuern zu zahlen. Mehr als 500 Euro im Jahr wollen nicht einmal 4 Prozent der Befragten zusätzlich abgeben. Dazu passt, dass nur eine Minderheit davon überzeugt ist, der Staat können besser als sie selbst ihr Geld für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM: *„Die Bürgerinnen und Bürger haben offenbar ein besseres Gefühl für Gerechtigkeit und Notwendigkeit von Steuererhöhungen, als viele Politiker. Wer glaubt, Steuererhöhungen seien deshalb gerecht, weil nur eine Minderheit zur Kasse gebeten wird, irrt nicht nur aus moralischer Sicht. Wir brauchen weder eine Vermögenssteuer noch Spitzensteuersätze von 75 Prozent, sondern ein gerechtes Steuersystem, das die Leistungsfähigkeit Deutschlands erhält.“*

Die vollständigen Umfrageergebnisse finden Sie unter www.insm.de

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.